

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wohnung 16.)
bei E. H. Meier & Co.
Breitenstraße 14.
in Gnesen bei H. Spindler,
in Grätz bei I. Streibach,
in Breslau bei Emil Kahlitz.

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. F. Danne & Co. —
Hanselstein & Vogler, —
Kündolph Wolff.
In Berlin, Dresden, Stettin
beim „Invalidentank.“

Nr. 68.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 28. Januar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die
Expedition zu senden und werden für die folgenden
Tage Morgens 7 Uhr ercheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittag 3 angenommen.

1876.

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung.

Berlin, 27. Januar, 12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes
Delbrück, Leonhardt, Graf zu Eulenburg u. A.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des
Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum
Reichshaushaltsgesetz für 1876.
Abg. Schöber (Lippstadt): Er und seine politischen Freunde wer-
den auch heute, wie bei der zweiten Lesung, gegen die hier verlangten
Summen stimmen. Den hier geforderten Nachtrag für die Weltaus-
stellung in Philadelphia wäre er gern geneigt, selbst in einem noch
höherem Betrage zu bewilligen, wenn er zu dem Zweck verlangt
worden wäre, ein paar Hundert würdige und tüchtige deutsche Arbeiter
auf diese Ausstellung zu senden, um dort in ihren Gewerben Neues
zu sehen und Neues zu lernen. Das würde jedenfalls zur Förderung
der Industrie und des Kunstgewerbes mehr beitragen, als die möglichst
umfangvolle Beteiligung der Fabrikanten, die im Grunde doch nur
auf Reklame hinausläufe.

Präsident Delbrück: Die Frage, ob von Seiten des Reiches
zur Förderung des Besuches solcher Ausstellungen durch Arbeiter auf
dem Wege der Bewilligung etwas zu geschehen sei, ist schon bei Ge-
legenheit der Wiener Ausstellung zur Erwägung gekommen; man hat
sich aber schon damals nicht verhehlen können, daß das Reich nicht
die geeignete Basis dafür ist, Entsendung von Arbeitern zu solchen
Ausstellungen anzuregen oder in die Hand zu nehmen, und zwar schon
aus dem Grunde, weil eine zweckmäßige Auswahl sowohl der Per-
sonen wie der Gewerbezweige nur in engeren Kreisen getroffen wer-
den kann. So ist z. B. bei der Wiener Ausstellung das Erscheinen
deutscher Arbeiter keineswegs ausgeschlossen gewesen. Es hat sich in
Berlin ein hier existirender Verein mit Erfolg dafür bemüht. Ich
weiß dies Eine zufällig, bezweifle aber nicht, daß Berlin keineswegs
der einzige Ort ist, von wo aus eine solche Anregung erfolgt ist. Wir
haben in diesem Vorgehen den Beweis gefunden, daß die Entsendung,
die wir in dieser Beziehung bei Wien bewiesen haben, eine richtige
war, und dies hat uns um so mehr veranlaßt, der Ausstellung in
Philadelphia gegenüber ebenso zu verfahren, als gegenüber der Staats-
beiraths für die Wiener Ausstellung, die für die Philadelphier
außerordentlich gering ist.

Abg. Dr. Ebert: Wir müssen durch Bewilligung dieses Bei-
trages in möglichst größtmöglicher Weise zeigen, daß Deutschland seinen
Stammesbrüdern in Amerika die Hand reichen will.
Der Gesetzentwurf wird hierauf in dritter Lesung einstimmig vom
Saale angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs,
betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs
für das deutsche Reich, und zwar diejenigen Paragraphen, die nicht an
eine Kommission verwiesen worden sind.

§ 128 der Vorlage bestimmt: „Die Theilnahme an einer Verbin-
dung, deren Zweck, Verfassung, Zweck oder Wirksamkeit vor
der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher
gegen unbekannte Obergesamtheit oder gegen bekannte Obergesamtheit
unbekannter Mitglieder der Mitglieder zur Pflicht gemacht
wird, oder von ihnen verprochen wird, ist an den Mitgliedern mit
Gefängnis bis zu sechs Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der
Verbindung mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre zu
bestrafen. Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Verrich-
tung öffentlicher Ämter auf die Dauer von einem bis zu fünf Jahren
erkannt werden.“

Die Fassung unterscheidet sich von dem bisherigen Wortlaut nur
durch den Zusatz der gezeigten Worte.

Bundesratsherr Geh. Rath Kienig: Der § 128 ist gegen die
geheimen Verbindungen gerichtet und will die Intentionen des Straf-
gesetzbuchs scharfer zum Ausdruck bringen. Man hat die Ueberzeu-
gung gewonnen, daß für die Frage, ob eine Verbindung für eine ge-
heime zu erachten sei, nicht bloß der Zweck allein maßgebend sein dürfe,
sondern auch das Mittel zur Erreichung dieses Zweckes, d. h. das
Verhalten des Vereins. Daher wird Ihnen vorgeschlagen, die Worte
„oder Wirksamkeit“ dem bisherigen § 128 hinzuzufügen. Ebenso wendet
sich der Paragraph gegen diejenigen Vereine, deren allseitige Dis-
ziplin dem Gemeinwesen gefährlich werden kann; auch hier ist in dem
vorgeschlagenen Paragraph der Intention des bisherigen ein scharfer
und klarer Ausdruck gegeben worden.

Der § 128 wird hierauf gegen wenige Stimmen der Konserverativen
vom Saale abgelehnt.

§ 130 der Vorlage lautet: „Wer in einer der öffentlichen Frieden
gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einan-
der öffentlich aufreizt oder wer in gleicher Weise die
Institute der Ehe, der Familie oder des Eigentums
öffentlich durch Rede oder Schrift an-
greift, wird mit Gefängnis bestraft.“

(In der bisherigen Fassung lautet der Paragraph: „Wer in einer
den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der
Bevölkerung zu Gewaltthaten gegen einander öffentlich
anreizt wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert
Thaler oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“)
Die Abg. v. Seydewitz, Febr. v. Malan, Gült und
Baron v. Minnigerode beantragen folgende Fassung: „Wer in
einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Institute der
Ehe, der Familie oder des Eigentums öffentlich durch Rede oder
Schrift angreift oder wer in gleicher Weise verschiedene Klassen der
Bevölkerung zu Gewaltthaten gegen einander öffentlich aufreizt,
wird mit Gefängnis bestraft.“

Hierzu stellt Abg. Krüger (Hadersleben) das Unteramendement,
hinter die Worte: „oder des Eigentums“ einzufügen: „oder die
Selbstheit der Staatsverträge.“

Abg. v. Büttlamer (Sensburg): Unser Antrag steht durch-
aus auf dem Boden der Regierungsvorlage und die Abänderung ist we-
sentlich nur eine redaktionelle. Gegenüber der unbestreitbaren That-
sache, daß gegenwärtig in sozialdemokratischen Vereinen öffentlich die
Ehe bekämpft wird als eine unnatürliche Überbleibsel mittelalterlicher Zu-
stände erklärt wird, glauben wir es mit unserer Verantwortung nicht
für vereinbar zu halten, wenn wir es der Regierung durch Ablehnung
dieses Paragraphen unmöglich machen, gegen solche Angriffe auf die
Fundamenteinrichtungen unseres Staates wirksam einzuschreiten.

Bundesbevollmächtigter Graf zu Eulenburg: Der vorliegende
Paragraph richtet sich gegen die Sozialdemokratie. Was diese will,
welche Bestrebungen und welche Erfolge sie hat, will ich kurz auszu-
sprechen und zwar an dieser Stelle, weil ich beabsichtige, daß so viel
von diesem Thema gesprochen und darüber geschrieben wird, doch ver-
hältnismäßig Wenige sich ein richtiges Bild von den bestehenden Zu-
ständen machen und werde Sie zum Schluß bitten, dem Staate die

Waffen zu geben, welche er gegen diese feindliche Tendenz gebraucht.
Bis zu dem vorigen Jahre bestanden zwei sozialistische Verbände, in
Norddeutschland der allgemeine deutsche Arbeiterverein, 1863 von Es-
sen gegründet, eine Zeit lang von Herrn Schweiger, später von Ha-
fencleber präsidirt, in Süddeutschland der demokratische Arbeiterverein.
Sehr weit auseinander in ihren Anschauungen und Strömungen sind
sie nicht gegangen, allein der erstere Verein betonte mehr die nationale
Zusammengehörigkeit der Arbeiter, der letztere hatte mehr einen inter-
nationalen Charakter. Zum Zwecke einer Vereinigung und der Aus-
gleichung persönlicher Differenzen zwischen den Leitern beider Vereine
wurde im vorigen Jahre im Mai in Gotha ein Kongress abgehalten,
auf dem die Vereinigung unter dem Namen „sozialdemokratische Ar-
beiterpartei“ stattfand. Als Präsident wurde damals Herr Hafencle-
ber erwählt. Das ist der augenblickliche Stand; ganz fest steht das
Gebäude nicht, weil im August vorigen Jahres in Hamburg der all-
gemeine Deutsche Arbeiterverein separat sich aufgethan hat. Ob er
stark genug sein wird, eine gesonderte Stellung einzunehmen, weiß ich
nicht. Diese sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands erließ das damals
bekannte Programm. (Redner verliest dasselbe.) Das Pro-
gramm ist an sich ziemlich bezeichnend, aber, meine Herren, keiner, der
staatsfeindliche Tendenzen verfolgt, wird in seinem Programm aus-
drücken, was er will, sondern er wird in seinen Ausdrücken nur so
weit gehen, als das Strafgesetz eben gestattet; zweitens aber wird er
allen denjenigen gegenüber, die er zu seinen Anhängern machen will,
niemals von vorn herein mit seinen letzten Gedanken herankommen,
sondern er wird sie nach und nach in sein Netz zu locken suchen und
erst dann Ihnen zeigen, was er im Ganzen will. In diesem Sinne ist
es sehr von Bedeutung, daß die Sozialdemokratie weit davon entfernt
ist, zu predigen: Auf unserm politischen Boden ist unser Ziel die
rothe Republik, auf dem Boden des sozialen Lebens ist unser Endziel
der Kommunismus, auf dem Boden der Religion ist unser Endziel der
Atheismus. (Sehr wahr!) Ohne das von vorn herein zu sagen, zieht
sie nach und nach ihre Anhänger heran und hinein, so daß sie unbe-
wußt in diese Konsequenzen kommen. Der erste Schritt ist, die Unzu-
friedenheit, wo sie vorhanden ist, zu schüren, wo sie nicht vorhanden
ist, zu erregen. Es ist ja in der Gesellschaft ein gewisses Mißbehagen,
das fühlen wir alle und wir fühlen gewiß auch das Mißbehagen der
arbeitenden Klasse mit. Da heißt es nun, und das lese ich in mehreren
angesehenen Blättern: Wie kann man sich darüber beklagen, daß die
arbeitenden Klassen sich Last machen? Ist es nicht sehr gut, wenn man
sie beruhigt, ihnen die Wege zeigt, auf denen sie zur Verbesserung ihrer
Lage gelangen können? Wie kann man solchen Bewegungen mit Straf-
gesetzen entgegengetreten wollen als mit ganz unwirksamen oder viel-
leicht absolut schädlichen Mitteln? Diese Bewegung muß in sich selbst
untergehen und sie wird es, wenn man vernünftigen Zuspruch,
vernünftigen Lehren Raum läßt. Meine Herren, es wird
Ihnen unbekannt sein — es kommt nicht in die Zeitungen — welche Art
in den sozialistischen Vereinen gelehrt wird: zuerst noch eine Parole
der Agitationen nur Unzufriedenheit und dann zur Heilung derselben
als Weg, auf bessere Bahnen zu kommen, dumpfes Geschwätz, Phrasen
aber aller Orten und vor allen Dingen Klassenhaß. Die Agitatoren
behaupten nicht, sie machen nur auf die augenblicklichen Zustände, die
Unannehmlichkeiten aufmerksam, sie rufen Herabwürdigung hervor, wo sie
bisher nicht waren, sie ziehen nach und nach einzelne Klassen der Be-
völkerung, die bisher für dergeheimen Lehren noch nicht empfänglich
waren, heran. Sie fangen an mit dem Tagelöhner, sie gehen hinauf
zum höheren Arbeiter, sie wenden sich an den entlassenen Soldaten,
an die niedrig besoldeten Beamtenklassen, Alles wird bearbeitet, um
ihnen darzustellen, in welcher unerträglichen Lage sie wirken und wie
mit ihren Menschenrechten gespielt wird. Ein sozialistischer Führer
sagt: Den französischen und englischen Arbeiter muß man lehren, wie
er in der traurigen Lage sich helfen soll, auch muß man beweisen, daß
ihm in einer traurigen Lage sei. Diesen Beweis täglich vor jeder
Versammlung zu führen, ist zunächst die Aufgabe der sozialdemokrati-
schen Agitatoren, Unzufriedenheit erregen dadurch, daß man ihnen
beweist, was ihnen fehlt und sie zugleich an Bedürfnisse gewöhnt, die
sie nicht befriedigen können. Wer diese Klasse der Bevölkerung beob-
achtet hat, muß sich sagen, daß die Bedürfnisse, welche sie befriedigen
wollen, über das hinausgehen, was sie unter normalen Verhältnissen
befriedigen können. Dadurch, daß man ihnen auf der einen Seite
sagt: Du hast das nötig und auf der anderen Seite sagt: Du kannst
Du nicht beschaffen, wächst der Unmuth, die Unzufriedenheit, die Lust,
sich von den Fesseln los zu machen. Ich erlaube mir aus dem „Neuen
Sozialdemokrat“, Jahrgang 1875, folgende Stelle zu verlesen: Prole-
tariat, wollt ihr Proletariat bleiben? Männer der Arbeit, die Sonne
scheint überall. Seht die Felder an, das ist euer Schweiss, ihr habt
es durchgeführt, mit kräftigem Arm habt ihr das Feld gebrochen, ihr
habt die Saat gestreut, ihr schmeckt die Sense, ihr seidet die Früchte
auf das jedes Herr frohlockt bei den köstlichen Spenden der all-
gütigen Natur, ja das ist die Frucht eurer Arbeit und eures
Schweisses. Doch ist es euer? Spricht, Männer der Arbeit, für wen
habt ihr gearbeitet, für wen gepflügt, geerntet, geerntet, in die
Schekern getragen? Für den Gutsherrn. Sein eigen ist das Land,
sein ist das Korn, sein ist Alles; auch eure Kraft, die eures Weibes
eures Sohnes, eurer Tochter ist sein eigen, an ihn verkauft ihr sie
für den Lohn, thut ihr es nicht, so müßt ihr verhungern.“

Die Unzufriedenheit bewirkt nicht nur, daß die Arbeiterklassen als
notleidend angesehen werden, sondern daß auch die anderen Klassen
als diejenigen geschädigt werden, welche diese Noth veranlaßt haben.
Redner verliest einen der „Kanäle“ überschriebenen Leitartikel des
„Neuen Sozialdemokrat“, der mit dem Klassenkampf als ein ge-
waltig zerstörendes, aber als ein nicht zu befeindendes Uebel erklärt
wird, denn „Verhöhnung ist Verhöhnung der Arbeiter, und fährt fort:
Daher braucht es kein Wort zu verlieren, welche enorme Gefahr
in diesen Grundrissen liegt, sobald die Partei in die Lage kommen
sollte, dieselben wirklich anzuwenden zu können. Die letzte Intention der
Führer ist: Durchgehen mit Gewalt. Sie nehmen sich in Acht es aus-
zusprechen, im Gegentheil sie stellen es in Abrede. Ich frage Sie, wie
sollte eine solche Theorie in einem deutschen Staate überhaupt durch-
geführt werden? Ist jemals daran zu denken, daß die Sozialisten
darauf, was sie als besser bezeichnet haben, nun freiwillig verzichten
werden, oder daß die Andern sagen werden: Ich will mich herab-
drücken, um eine Gleichheit mit der anderen Bevölkerung herbeizu-
führen? Wenn es nicht der Fall ist, so kann es nur auf verfassung-
smäßigem Wege erreicht werden d. h. mit anderen Worten, die Sozial-
demokraten müßten in den gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands und
Preußens die Majorität erlangen. Ich glaube nicht, daß es dahin kom-
men wird. Sie machen nicht den Versuch, im Parlament die Majorität
zu gewinnen, sondern sehen darin nur ein erhöhtes Podium, um besser
zum Volke herab sprechen zu können. Der Volksstaat sagt darüber:
Die sozialdemokratische Partei ist eine revolutionäre, sie auf den Bo-
den des Parlamentarismus stellen, heißt sie vernichten. Die Reichs-

tagsmahlen haben für uns nur einen agitatorischen Zweck. Wenn auf
diese Weise also weder durch freiwilligen Verzicht, noch in den gesetz-
gebenden Körpern etwas erreicht werden soll, was wird dann die Lö-
sung sein? Der „Volksstaat“ sagt, thut, was Ihr Lust habt, aber
Eines laßt Euch gesagt sein, um die Revolution kommt Ihr nicht he-
rum. Die Sozialisten sind jeder Religion feind, die überhaupt an eine
Gotttheit glaubt; sie sagen selbst: Christenthum und Sozialismus sind
wie Wasser und Feuer. Nun behauptet man, durch die Maßregeln im
vorigen Jahre habe die Bewegung bedeutend nachgelassen. Die Maß-
regeln bestanden in strenger Anwendung des Vereinsgesetzes, indem der
Verein, welche mit Andern in Verbindung standen, vorläufig geschlossen
wurden; diese Schließungen sind von den Gerichten bestätigt worden.
Dadurch, daß man die einzelnen Agitatoren zur Rechenschaft zieht, ver-
schwinden sie wohl für einige Zeit vom Schauplatz durch Abführung
von Strafen, allein von einem längeren Nachlassen oder Aufhören der
Agitationen kann gar keine Rede sein. Ein sozialdemokratisches Blatt
sagt selbst: „Die aufgewärmte heilige Allianz der Monarchen wird in
den Staat sinken vor dem Bunde der Völker.“ Zum Zwecke einer
kräftigeren Agitation hat man die Gewerkschaften gegründet, die vom
einem durch und durch sozialistischen Geiste durchdrungen sind. — Die-
ses ganze Bild hat in mir die feste Ueberzeugung begründet, daß wir
es mit einem Feinde des Staates zu thun haben und speziell unsers
Staates. In dieser Ueberzeugung bin ich bestärkt worden durch
die Berichte der Staatsanwälte, welche die Leute von Ansehn zu An-
sehn gesehen haben und übereinstimmend der Ansicht sind, daß die
Gefahr für den Staat wie ein Krebsgeschwür forschrit. So stark füh-
len wir uns freilich, daß wir mit diesem Feinde noch fertig werden
aber — auf welchem Felde? Wenn es zur offenen Schlacht kommt,
werden wir die Oberhand behalten, aber diesen Kampf müßte ich ver-
hüten. Die Regierung verlangt von Ihnen Waffen, die es unnötig
machen, mit der Zeit die blanke Waffe zu gebrauchen. Sind Sie in
der Majorität meiner Meinung nicht, dann werden wir vor der Hand
nichts weiter thun können, als uns mit den schwachen Gesetzesparagra-
phen zu helfen bis die Finte schief und der Säbel haut. Wollen Sie
das, so verweigern Sie die Waffen, die wir jetzt von Ihnen verlangen.
(Beifall rechts.)

Abg. Hasse: Hätte der Vorredner seine Rede vor
einer Volksversammlung gehalten, er hätte gegen den § 130 verstoßen,
dann nach einem Obertribunalsbeschlusse wird jede größere Anzahl von
Personen, z. B. die sozialdemokratische oder nationalliberale Partei,
als eine Klasse des Staates angesehen und einer solchen Klasse sind
hier alle möglichen bösen Absichten untergeschoben worden. Im Gegen-
satz dazu beweisen gerade die Motive zu der Vorlage selbst, daß die
Sozialisten die Gesetze ausgeheult zu beobachten wissen, denn es
heißt ausdrücklich, es hätte in den meisten gegen sie angelegten Pro-
zessen ihnen auf Grund der jetzigen Fassung des § 130 ein Verstoß ge-
gen die Gesetze nicht nachgewiesen werden können. Weil die Sozialisten
sich den Gesetzen gefügt haben, so sagt man: wenn man sie auf diese
Weise nicht fassen kann, so muß man es auf andere Weise thun, man
muß das Strafgesetz ändern. Nun, wir werden auch unter anderen
Gesetzen verstehen, unsere Agitation fortzusetzen, wir werden über
solche Knippsel nicht fallen. Die Proklamation, aus welcher die Citate
verlesen wurden — vielleicht ist es eine solche, wie die Stieberische, welche
nur in Beamteneisen verbreitet wird — erinnert lebhaft an die An-
nenmärchen, welche den sozialdemokratischen Agitatoren auf Schritt
und Tritt von Untandigen entgegengehalten werden. Die Ehe ist die
Fessel der freien Liebe, der allgemeinen Theilung des Vermögens u. s. w.
seien Grundzüge der Sozialisten, Alle diese kuriosen Auffassungen tra-
gen zu einem Gg gegen die Sozialdemokratie bei, der sich oft geradezu
bis zum Witz verheißt. — Der allgemeine deutsche Arbeiterverein
ist stets ganz ebenso kosmopolitisch gesinnt gewesen, wie alle Sozial-
demokraten, der Grund der Trennung vom demokratischen Arbeiter-
verein war eine abweichende Ansicht über die Organisation.
Der hinter dem Staatsanwalt Tesendorf stehenden preussischen
Regierung muß ich hier öffentlich meinen Dank dafür aus-
sprechen, daß die bekannten Aufstellungen der Vereine so viel zu
der Vereinigung in Gotha beigetragen haben. Uebrigens wurde
dort gar kein Präsident gewählt; das hätten doch die Sozialisten,
die sogar durch einen Stenographen waren, wissen sollen. — Alle die
aufgestellten „Bearbeiteten“ werden nicht der Ansicht sein, daß sie nur
zum Darben und Dribben da seien gegenüber dem „schmutzigen Grün-
derrginn“, wie sich nicht ein Sozialist, sondern ein nationalliberaler
ausdrückt: wir haben das Recht und die Pflicht zu fordern, daß die
Arbeiter nicht dazu verdammt sind, von dem ihnen heutzutage gebo-
tenen künftigen Tagelohn zu leben, während alles Uebrige in die Tasche
der Grundbesitzer und Fabrikanten fließt, sondern daß der Arbeiter,
was er schafft, arbeitet. Wir wollen uns nicht gewaltthätig
das Eigentum Anderer aneignen, sondern vernünftige soziale
Zustände schaffen, wir kämpfen nicht gegen einzelne Personen,
sondern gegen die Ungerechtigkeit der Gesellschaft. Identifizieren
Sie damit den Staat, dann nehmen Sie den § 130 an und er-
klären Sie damit, daß es kein natürliches Recht giebt, daß Gewalt
vor Recht geht, dann lassen Sie die Kanonen aufahren und lassen
Sie zu, wie lange Sie sich auf die Bajonette stützen können. Wir
wollen, daß an Stelle der fortwährenden Krisen Gesellschaftsformen
treten, die auf produktiver Association beruhen; das geht aber nicht
anders als wenn die Fabriken, Instrumente u. s. w. Gemeingut der
Genossenschaften sind. Die Idee der Erwerbslosen der Eisenbahnen
durch das Reich entspringt ja vollständig aus dem sozialdemokratischen
Grundsatze des Staatseigentums; man wird sich dem nicht entziehen
können, dasselbe bei dem Grund und Boden durchzuführen und schließ-
lich wird sich auch die Fabrikation nicht ausschließen können. Mit
Camphausen-Athenbach'schen Rezepten in Bezug auf die Lohnherab-
setzung, ohne die der Klassenhaß vielleicht nicht so wachsen
würde, schafft man das soziale Elend nicht aus der Welt. Geschähe
dies, dann bräunte man keinen Paragraph 130, um den Kanonen
vorzubeugen. Das Recht an dem Ertrag der Arbeit, die Wucher-
frage u. s. w. sollen nicht mehr diskutiert werden, der Paragraph
130 soll alle diese Fragen tot machen, die Immoralität des Eigen-
thums — an der Börse giebt es ja keine Moral — soll den So-
zialdemokraten gegenüber vertheibigt werden: die Grundrechte der
Gesellschaft würden fortan der Wucher und der Schwindel sein.
Gerade wir wollen die Scheine und die gesetzlich sanktionierte
Prostitution, über welche man heute den Mantel der Liebe deckt, be-
seitigen. Hamburg und Leipzig setzen sich über die bestehenden Gesetze
in dieser Beziehung hinweg und in Berlin ist es soweit gekommen, daß
die Besitzer von Volkshäusern, Stätten einer feineren Prostitution, über
den Polizeipräsidenten hinweg, der sie beschließen wollen, an eine höhere
Stelle petitioniren wollten und als Wortführer den Besitzer eines gro-
ßen derartigen Lokals wählten, weil sie glaubten, derselbe hätte nach
oben die besten Konnexionen. Daß wir dies geschehen, daß denen nicht,
die nicht mit Steinen werfen, weil sie selbst in einem Glashaus wohn-
en und uns als reisende, die Tische füllende Agitatoren, in der einen
Hand einen Knüttel, in der andern eine Petroleumflasche darstellen.

Die rote Republik, den Kommunismus und den Atheismus als unser geheimes Programm hinzustellen, dieses Kunststück kann nur ein Politiker oder ein Herr von der Reptilienpresse fertig bekommen haben; vielleicht ist es Herr Dr. Wagner gewesen. Wenn man einerseits den Atheismus verfolgt, und andererseits Märgel giebt, so wird man sich bald auf der goldenen Mittelstraße auf einer Scheide befinden. Lasse man doch jeden nach seiner Façon fertig werden, wie Friedrich II., selbst Atheist, gesagt hat. Alles Mögliche dichtet man uns an und häufig find mir schon Emissäre, die in von der Polizei fabrizierten Verschwörungen thätig sind, in den Weg gelaufen; ich habe sie aber immer nach Hause geschickt. Wir stiften das Unheil in der heutigen Gesellschaft nicht, wie der Minister sagte, sondern wir bringen es nur dem Volk zum Bewußtsein und sein Strafgesetzbuch wird uns hindern, das auch in Zukunft zu thun. Wenn der Minister von den Beamten und Lehrern sprach, auf die die sozialistischen Ansichten einen verderblichen Einfluß üben, so spiegelt sich darin recht deutlich nicht nur die Furcht aus, sondern auch eine indirekte Anerkennung der Wahrheit dieser Ansichten. Es ist diese Furcht und indirekte Anerkennung für uns sehr schmeichelhaft und wir akzeptieren das Kompliment beides. Die Worte, die der Minister uns vortrug, die englischen Arbeiter suchten ihre unglückliche Lage zu verbessern, den deutschen müsse man erst beweisen, daß sie unglücklich seien; ist vor 13 Jahren von Euffalle ausgesprochen worden. Damals war er gerechtfertigt, heute ist er es nicht mehr. Wenn der Minister heute hier von dem Aufgebenlassen von Kanonen sprach, so ist dieser Wink mit der Krupp'schen Kanone offenbar eine ganz direkte und viel größere Aufreizung der arbeitenden Klassen, als je jemals von einem sozialdemokratischen Agitator in einer Volksversammlung vorgebracht wurde. Mögen Sie nun diesen § 130 annehmen oder nicht, wir werden mit derselben Energie wie bisher für die Ausbreitung der sozialistischen Gedanken wirken und kämpfen.

Abg. Kaser: Der Herr Minister hat allerdings durch seine Ausführungen dem letzten Redner die breite Grundlage verschafft, auf der er sich bewegt hat: diesen zwei Reden aber noch eine dritte hinzuzufügen, halte ich nicht für nötig, da hierdurch doch nur schon oft hier im Hause Gehörtes wiederholt werden könnte. Wenn indes ein Vertreter der Regierung zur großen Mehrheit, ich möchte fast sagen zur Gesamtheit der Vertreter des Volkes, diesen Paragraphen damit motiviert, daß sie in demselben eine Waffe sehe, welche ihr das Kämpfen mit körperlichen Waffen überflüssig mache, so ist doch wohl Grund vorhanden, eine Antwort darauf zu geben. Es genügt nicht nur eine Abweisung dieses Antrages, welche nach den Vorträgen hier im Hause wahrscheinlich ist, sondern man muß auch die Gründe angeben, warum dies geschieht, denn, wenn man in der That die Wahl hätte, entweder mit diesem Paragraphen oder mit anderen von Soldaten ausgearbeiteten, so würde wahrscheinlich mindestens neun Zehntel des Hauses die mildere Form dieses Paragraphen wählen. Wir stehen hier am Anfang der Frage: Bedarf es bei der freien Presse noch der körperlichen Gewalt, oder hat dieselbe in sich selbst die Kraft, das Wahre zum Durchbruch zu bringen und das Schlechte zu überwinden? Ist man der letzteren Ansicht nicht, so dürfte man überhaupt nicht die freie Presse zulassen. Ist sie aber einmal zugelassen, so ist es Sache des Strafgesetzbuches, diejenige Grenze zu ziehen, wo die allgemeine Gedächtnisfreiheit aufhört und die wirkliche Gefahr für den Einzelnen hervortritt, daß er an seiner Person, seinem Eigentum u. s. w. geschädigt werde. So sollte die „Anreizung zur Gewaltthatigkeit“ die scharfe Grenze ziehen im Gegensatz zu der bloßen subjektiven Aufregung, die durch die Behandlung von Preßgegenständen entstehen kann. Will aber der Herr Minister zu den früheren Dingen hierin zurückkehren, so war heute in der That nicht nötig, gerade jene Stellen aus sozialdemokratischen Blättern hier anzuführen, denn man findet in den Blättern der anderen Parteien gerade so starke Ausdrücke gegen Einrichtungen der Gesellschaft, als die hier angeführten. Meine Herren! So habe ich Ausführungen gelesen, dahin lautend, daß der ganze Staat und insbesondere die liberale Richtung des Reichstags nur dazu gemacht sei, um den Börsenschwindel zu verhindern; solche Äußerungen habe ich in mehreren innerhalb der Parteien geachteten Zeitungen in ganz neuerer Zeit gefunden; ja in Blättern der Agrarpartei, deren äußerstes Ende bis an die „Neue Preussische Zeitung“ heranreicht, wird man Stellen finden, gegen welche die vom Minister vorgelesenen Stellen ein Linderbüßel an Anreizung sind. Es sind mir solche Blätter erst vor wenigen Tagen zugefand worden, die „Germania“, die „Deutsche Landeszeitung“ u. s. w., Blätter, die ich wirklich nicht auffuche, wenn sie mir nicht aufgetragen werden. (Heiterkeit.) In dem richtigen Gefühl, m. H., daß die Grenze hier nicht gefunden werden kann, wo das Anreizen anfängt, hat auch die konservative Partei ausdrücklich erklärt, daß sie gegen diesen Theil stimmen werde, und es besteht hierin Einheit beinahe des ganzen Hauses und nur vereinzelte Mitglieder werden wohl aus besonderen Gründen für diesen Punkt stimmen. Hiernach scheint es mir, daß allseitig Klarheit darüber herrscht, daß das Mittel, das man vorschlägt, nicht so wirksam sein wird, wie man erwartet. Wir seht erleben ja hier, daß durch eine richtige und freimüthige Behandlung der Presse und eine freimüthige Besprechung viel mehr Gutes als Nachtheiliges erreicht wird. So pflegte, als die sozialdemokratischen Redner für uns etwas Neues waren, ein Stillschweigen einzutreten, sobald einer jener Redner die Tribüne bestieg, und selbst der Reichstagskanzler hatte nie aufmerksamer Zuhörer, als jeder dieser Redner. Nachdem wir nun diese Reden ihrem Inhalt nach schon viele Male gehört haben, haben wir heute gesehen, wie Privatunterhaltungen gepflogen wurden, während die schon so oft gehörten Dinge vorgetragen wurden. Und so ist es auch außerhalb dieses Hauses. Man weiß, wo freie Presse herrscht, daß der Werth der Äußerungen nur nach seinem wirklichen Gehalt bemessen wird, denn, wahrlich, wenn wir nicht das glauben, daß in der Diskussion der wahre Inhalt der durchdachte Gedanke immer im Vortheil ist gegen bloße Phrasen, so würden wir uns nicht für die freie Presse erklärt haben. Wir fordern deshalb Alle auf, sofern sie nur nicht zu Gewaltthatigkeiten aufreizen, alle ihre Ansichten zu entwickeln, die sie zu entwickeln im Stande sind. Der Kern der Wahrheit darin wird sich dann schon Bahn brechen. Das aber, was ich nicht als wahr erweist, wenn es auch von den Einzelnen vielleicht für richtig gehalten wird, das wird eben sich den Kürzeren ziehen. M. H.! Sind denn die Sozialdemokraten wirklich jetzt so besonders gefährlich, liegt denn jetzt plötzlich eine Bewegung vor, wie von der anderen Seite gelehrt wird, die man früher nicht gekannt hat? Wer die Geschichte studirt hat, weiß, daß seit Jahrtausenden über das, was die Leute jetzt verüben, asiatische und europäische Völkerkassen überall von Zeit zu Zeit gemäß der nach Art der menschlichen Natur sich ansammelnden Unzufriedenheit, in Lehre und auch sogar in That sich geäußert haben. Wir sind sogar jetzt in dem Vortheil, daß die Ansprüchen, die zur Gewalt ihre Zustufung nehmen, gegen den Staat nicht mehr so häufig vorkommen, oder doch schneller zurückgewiesen werden, so daß uns also diese allgemeine Furcht nicht mehr beherrscht. Ich rufe die Herren hier zu Zeugen, an, daß diejenigen, die vor Jahren noch gemeint haben, die sozialdemokratische Bewegung sei von unmittelbarer Gefahr für Deutschland, heute hierüber viel geringer denken. (Theilweiser Widerspruch.) Es regt nicht mehr so viel auf, denn das Ding hat den Charakter der Neuheit verloren. Wenn es menschlicher Weisheit möglich gewesen wäre, wie von jenen angestrebt wird, die Unzufriedenheit der Menschen durch Gesetze oder auch sonst zu entfernen und eine Ordnung aufzustellen, in der Gleichheit herrschen soll, wie hier angestrebt wird, so zweifle ich nicht, daß dies längst vollbracht worden wäre, denn daß diese Ansichten jeder Zeit bekannt waren und bei den Unglücklichen immer mit Recht Anlaß gefunden haben, das wird Niemand leugnen der die weltliche und die heilige Geschichte kennt. Aber der innere Natur nach ist der Mensch darauf angewiesen, daß er von der ursprünglichen Ungleichheit der menschlichen Gesellschaft nach und nach sich herausbildet und immer mehr derjenigen Gleichheit entgegenstrebt, welche jeder ideale Mensch vor Augen hat. Diese Bewegung werden wir nicht zurückhalten und immer wird nicht gefördert werden können durch willkürliche Agitationen, sondern durch die Verbesserung der Menschen vom Haupt bis zum Fersen, eine Bewegung, von der ich glücklich sein würde, wenn ich nur die Sicherheit hätte, daß sie auch nur in absehbaren Jahrhunderten zum Abschluß kommen würde, die aber, wie ich aus der Ge-

sichte überzeugt bin, zu jeder Zeit ihre Fortschritte macht und das Loos der Menschen verbessert. Ich wisse den Gedanken ganz zurück, der im Namen der Religion oder der Philosophie eine gesellschaftliche Ordnung predigt, wonach bestimmte Menschen immer verurtheilt sein müßten ein unglückliches Leben zu führen, andere dagegen sich beständig eines glücklichen Lebens erfreuen können. Der menschliche Fortschritt besteht, denke ich, gerade darin, daß der Kreis der Menschen, welche sich in den Gütern des Lebens theilen, sich fort und fort erweitert. Das wird freilich nur durch ernste Arbeit erreicht, nicht durch leicht entworfenen Reden oder dadurch, daß man den Menschen nur zeigt, wie unglücklich sie sind. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, die Menschen darauf hinzuweisen, welcher Genüsse man fähig ist, wenn man die weltlichen Dinge nicht ganz äußerlich und lediglich von dem oberflächlichen Genußstandpunkt auffaßt. Darum eben verlangen wir freie Diskussion. Jeder komme her und schütte sein Herz aus, die Klagen sollen offen geäußert werden, sonst können wir sie nicht überwachen. Verdienen die Zustände nicht fortzubestehen, so sind wir im Stande, durch die Macht der Logik zu zeigen, daß wir trotz des besten Willens nicht helfen können und dann besteht keine Gefahr für die Gesellschaft; soll etwas Anderes an die Stelle der unhaltbaren Zustände gesetzt werden, so soll Jeder im Volke an seinem Theile mitwirken, und dazu bedürfen wir wiederum der freien Diskussion. Hoffentlich kommen wir auf diesem Wege noch dahin, daß die Herren von der sozialdemokratischen Partei sich überzeugen, daß sie Besseres leisten, wenn sie ernstlich dazu mitwirken, auch nur den kleinsten Fortschritt herbeizuführen, als wenn sie mit Worten ungetreue Fortschritte versprechen und wirkliche Fortschritte verhindern. (Sehr gut!) Glaubt denn die Regierung, durch den vorliegenden Paragraphen wirklich die freie Bewegung einzudämmen, welche wir bei uns eingeleitet haben durch die Freiheit der Presse, das Versammlungsrecht und namentlich durch die Freiheit der Presse? Gerade deshalb war mir dieses das allgemeine gleiche Wahlrecht? Gerade deshalb war mir dieses von der konservativen Seite entgegengebrachte gleiche Wahlrecht imnach, weil wir damit die Verpflichtung übernehmen, durch Erziehung und gemeinsame Diskussion alle Bürger zu der Stufe zu erheben, auf welcher sie im Stande sind, die ihnen in die Hand gegebenen Waffen des Geistes, das Stimmrecht, auch ohne Schaden für die Gesellschaft zu gebrauchen. Beschränken Sie diese gemeinsame Diskussion, so haben Sie die Gefahr nicht vermindert, sondern erheblich vergrößert. Das einstimmige Votum des Hauses gegen die vorliegende Bestimmung wird den Beweis liefern, daß wir die Alternative: Annahme des Paragraphen oder Mäßigkeit des Bürgerrechtes nicht als richtig anerkennen; denn höher würde das Haus sonst nicht eine Bestimmung zurückweisen, die mit einer solchen Wunderkraft begabt ist, wie der Herr Minister uns geschildert hat. Es bleibt nur noch der zweite Theil. Die Institute der Ehe, des Eigentums und der Familie sollen nicht angegriffen werden dürfen. Es ist nicht richtig, daß ich — wie der Abg. v. Pottkammer meint — nur die wissenschaftliche Erörterung dieser Frage hätte ausnehmen wollen, sondern ich habe das juristische Räthsel aufgegeben, eine Schrift zu entwerfen, in der das Eigentum an sich, die Familie an sich, die Ehe an sich angegriffen wird. Alles, was vorgelesen werden kann, hat nicht entfernt diese Bedeutung, selbst der Mormonismus ist kein Angriff auf die Familie, und beim Eigentum ist es ganz außer Zweifel, daß wir fortwährend in der Diskussion begriffen sind, welches Institut des Eigentums am besten sei. Fällt der Versuch, der in England gemacht wird, dem Eigenthümer einen Theil seines Grundbesitzes zu Gunsten des Pächters zu entziehen, unter den § 130? Antworten Sie „Ja“, so haben Sie in der That die freie Diskussion jedes wirtschaftlichen Fortschritts abgeschafft. Antworten Sie aber „Nein“, dann weiß ich nicht, was dieser Paragraph bedeuten soll. Wenn mit so leichten Waffen die Sozialdemokratie niederzuhalten ist, dann braucht kein Mensch Furcht vor ihr zu haben. Wir haben erklärt, wir wünschen nicht, bei den Angelegenheiten der Presse auf jene unbestimmtheiten zurückzukommen, die das Eigenthümliche haben, daß sie ein weites Netz ausspannen, um gewisse grobe Körper aufzufangen, die feinen aber durchzulassen. Würden wir diesen Paragraphen wirklich für eine Vertilgungswaffe gegen Umsturzpläne der Gesellschaft gehalten haben, so hätten wir ihn wahrscheinlich fast einstimmig angenommen. So aber können wir eine solche Strafbestimmung nicht annehmen, weil sie keine Wirkung haben und nicht von juristisch wirksamem Inhalte sein würde. (Lebhafter Beifall.)

Bundesoberpräsident Graf zu Eulenburg: Ich muß mich gegen den realistischen Standpunkt wenden, den der Vorredner eingenommen hat, wenn er die Wirkung der freien Diskussion in Presse und Vereinen auch bei der sozialistischen Bewegung. Wie können Sie denn die Wirkung überhaupt nur gleichstellen wollen, die ausgeübt wird, wenn Herr Haselmann hier auf dieser Tribüne, oder wenn er in einer Volksversammlung etwa auf Wolz, eine zwei Stunden lange Rede hält. Dort geht die Masse, die überhaupt schwer einem Gedankengange zu folgen im Stande ist, mit dem erregten Gefühle und der Ueberzeugung fort, ich habe jetzt meinen Evangelisten gehört und ich lasse mich todtschlagen für das, was der Mann auszusprechen geglaubt hat. Von einem Urtheile ist da gar nicht die Rede, es wird eben blindlings gefolgt, es mag gesagt werden, was will. Und die Presse dieser Herren, die sozialistischen Zeitungen und Schriften und Gedichte, die werden alle wirklich in das Haus, in die Familie, an den Tisch des Arbeiters hineingebracht und nur solche Blätter und Schriften und keine anderen. Der Droschkenfahrer muß am Tage seinen „Sozialdemokrat“ lesen und der Arbeiter, wenn er Abends nach Hause kommt, muß zuerst rufen: wo ist mein „Sozialdemokrat“ oder mein „Volkstaat“, damit ich weiß, wie ich mich bei meiner Arbeit zu verhalten habe. Es wird in all diesen Kreisen und Schichten eben nur dies eine sozialistische Blatt gelesen und darauf wird geschworen.

Abg. Reichensperger (Greifeld): Die Mittheilungen des Ministers haben allerdings auf mich einen Eindruck gemacht und derselbe wäre ein noch stärkerer gewesen, wenn ich nicht schon früher hier im Hause und außerhalb desselben Ähnliches, ja noch Stärkeres, d. h. die offene Verherrlichung der Pariser Kommune hätte hören müssen. Ich verleihe mich den Gefahren, welche die Verbreitung derartiger Äußerungen in sich fassen, keineswegs und stehe auch dem Standpunkte des Ministers Grafen Eulenburg gar nicht so fern, dennoch aber kann ich mich mit dem Paragraphen, wie er hier vorgelesen worden, nicht einverstanden erklären. Ich weiß, daß meine Opposition für mich nicht ganz so unerschütterlich ist, wie für den Abgeordneten Kaser, denn die Fabel von dem Bündnis der rothen und schwarzen Internationalen ist ja bekannt. Inbessenden durch längeren Aufenthalt in Parlamenten gewinnt man nach und nach eine außerordentlich dicke Haut und gewöhnt sich an derartige Beschuldigungen, die mich wenigstens nicht abhalten, zu stimmen, wie es mein Gewissen vorschreibt. In Bezug auf die Harmlosigkeit der hier gekennzeichneten Preßprodukte will ich mich mit dem Abg. Kaser nicht ganz überein, ich bin aber der Meinung, daß wir ihnen mit diesem Paragraphen nicht beikommen können; daß wir, um einen Erfolg zu erzielen, die Censur wieder herstellen müssen, und daß auch diese auf die Dauer nicht nachhaltig wirken würde. Mit diesem Paragraphen aber würden wir nur einen neuen dehnbaren Faden in unser Strafgesetzbuch einführen und damit die Zahl der Tendenzprozesse vermehren. (Zustimmung im Centrum.) Käme es auf die Gefährlichkeit der hier in Rede stehenden Handlungen an, so müßte die Gefährlichkeit nicht des Friedens, sondern der Moral mit Strafe bedroht werden, weil es eben auf der Moral der öffentlichen Friede beruht. Wir wissen, ein wie neues Institut für viele Theile Deutschlands die Civile ist. Nach diesem Paragraphen müßte der Staatsanwalt gegen jeden einschreiten, der die Civile im Primip vertritt. Viel gefährlicher und schädlicher ist das Untergraben der Heiligkeit der Ehe, wie es auf unseren Bühnen und nicht nur in Berlin betrieben wird. Kommen Sie in die kleinsten Provinzialtheater, Sie finden nichts als französische Vaudeville und die anderen widerlichen pariser Stücke, in denen der gefoppte Chemann die komische Person ist. Neben Sie dazu die Bilder, die in den Läden ganz unentgeltlich ausgehängt werden, die nackten Frauenzimmer u. dgl. (Heiterkeit), denen Sie mit diesem Paragraphen sicher nicht beikommen werden, und die die öffentliche Moral aufs Äußerste gefährden. Die Regierung hofft auch gegen den Atheismus eine Waffe zu erhalten — aber dann müßten wir gegen Jeden einschreiten, der das Dasein des persönlichen Gottes leugnet,

und da wären wir bald in Konflikt mit dem, was man moderne Wissenschaft nennt. Nur durch die Erhaltung des christlichen Sinnes, durch die Pflege der christlichen Tugenden im Volke, nicht aber durch Strafbestimmungen, wird man die Gefahren des Sozialismus paralysiren und dem drohenden Ausbruch blinder Leidenschaft vorbeugen können. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. v. Hammer: Ich freue mich, daß die Replik des Ministers gegen den Abg. Kaser hier im Hause erfolgte und nicht in amtlichen Blättern etwa geschah; sie hätte vielleicht dahin gelautet: Herr Kaser und die ganze liberale Partei leidet an dem Uebel eines blinden Idealismus, der nicht weiß, in welchen Gefahren das Staatswesen sich befindet. Meinem Freunde Kaser wird vielfach ein zu großer Idealismus und eine zu optimistische Lebensanschauung vorgeworfen; und ich selbst kann, soweit ich nicht mit ihm übereinstimme, darüber zu seiner Beruhigung den Spruch eines berühmten Staatsmannes zitiren: Nur die Optimisten schaffen Grobes in der Welt, die Pessimisten bilden nur die Zuschauer darin. Aber ich muß doch konstatiren, daß in dieser optimistischen Anschauung in Bezug auf die Bedeutung und die Ziele der Sozialdemokratie zwischen ihm und mir, und ich weiß das Gleiche von einer sehr großen Zahl der liberalen Partei, ein sehr wesentlicher Unterschied besteht. Ich meine, daß in der That mit der sozialistischen Bewegung in Deutschland ernsthaft Gefahren verbunden sind. Es fragt sich nur, wie ist der richtige Weg einzuschlagen, um diesen Gefahren zu begegnen. Ja ich erkläre sogar, daß in Deutschland diese Gefahren viel stärker sind, als in irgend einem Staate der Welt, weil die ganze gesellschaftliche Komplexion der Deutschen verglichen idealen Anschauungen mehr Vorhieb leistet, als die irgend eines anderen Staates. Dazu kommt vor Allem der schwere Umstand, daß in keiner Nation der Welt die sozialistischen Anschauungen so tief auch in gebildete Kreise, ja leider auch in Kreise der Gelehrten, in die Hörsäle der Wissenschaft und der Universitäten eingedrungen sind, wie in Deutschland. Ja ich führe nur als Beispiel an, daß kein Parlament der Welt eine so große Zahl sozialdemokratischer Mitglieder hat. Der Minister der Innern und die Bundesregierung möge also überzeugt sein, daß wir alle darüber einig sind, die untersten Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft unbedingt aufrecht zu erhalten. Es war ganz gewiß höchst überflüssig, und ich muß es dem Minister zum großen Vorwurf machen, daß er es für nöthig gefunden hat, uns in einer solchen Breite Dinge mitzutheilen und uns Aufklärungen zu geben, die wirklich Gemeingut jedes Gebildeten sind. (Sehr wahr! links.) Der Minister scheint wirklich gemeint zu haben, daß wir Alle hier noch nie etwas von Sozialismus gehört und gelesen, daß wir überhaupt keine andere Zeitung lesen als etwa die „Magdeburger- und die „Augsburger Allgemeine“; er hat bei uns in dieser Beziehung auf einen Stand der Unkenntnis und Unkenntnis geschlossen, der wirklich nur seine eigene kindliche Unschuld und sein eigenes Wissen in dieser Sache charakterisirt. (Sehr richtig! links.) Wenn der Minister, der heute zum ersten Mal unter uns im Reichstag erschienen ist, in seiner Antrittsrede uns solche Kindergeschichten erzählt, so ist er wirklich vollständig irre gegangen. Er hätte sich diese ganze Abschreibung und Zitate aus dem „Neuen Sozialdemokrat“ wohl sparen können. Wir kennen diese Dinge auch einigermaßen und ich lese nicht nur die deutschen, sondern auch ausländischen sozialistischen Organe. — Ich bin also nicht der Ansicht des Abg. Kaser, daß wir uns allein darauf verlassen sollen, daß bei freier Diskussion die Wahrheit schon von selbst siegen werde. Dazu ist das Reich der Länge doch zu groß und mächtig. Die grauenhaften Vorgänge beim letzten Kommuneaufstand in Frankreich haben es deutlich genug bewiesen, bis zu welchem Grad von Fanatismus der Klassenkampf aufwachen kann. Aber mit solchen Hilfsmitteln, wie es die hier vorgeschlagenen sind, werden Sie gegen diese Gefahr so wenig etwas ausrichten, wie das napoleonische Regime mit seinen kleinsten Mitteln der Beschränkung der Presse und Versammlungsfreiheit.

Wie steht es mit der sozialistischen Bewegung in England? Dort erfreut sich die Presse eines Maaßes von Freiheit, von der wir hier gar keinen Begriff haben. Ein Richter, der dort einmal einen sozialistischen Agitator verurtheilt hat, wird in den Blättern dieser Partei ein Dummkopf, ein Eitel, ein miserabler Keul genannt. Und droht die Gesellschaft darum unterzugehen? Das fällt ihr gar nicht ein. Im Gegentheil, sie wird in ihrem Bestande durch solche Preßerknungen geradezu gehärtet. Den besten Beweis der Schwäche der sozialistischen Partei, wenn man sie frei walten läßt, liefert die Schweiz. Dieses Land war Jahre lang der Zufluchtsort der ultrarevolutionären Elemente, einige Kantone, wie Zürich, haben sich eine geradezu rabiate Verfassung gegeben. Man sollte danach annehmen, daß die Schweiz ein wahrer Heerd der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen gewesen. Was hat nun die Selbstablösung der sozialistischen Arbeiterpartei in der Schweiz ergeben? 13,000 Köpfe, das war das ganze Kontingent, was die Partei aufbringen konnte. Ich meine, alle menschliche Erfahrung und einiges Nachdenken zeigt, wie unerbittlich gering der Nutzen ist, den wir von der vorgeschlagenen Strafbestimmung zu erwarten haben, wie unendlich groß aber der Schaden wäre, wenn wir mit einem solchen Paragraphen die untersten Grundlagen der Reichsverfassung zerstören, und die Pressefreiheit, die Verfassung — welche freilich Herr Reichensperger nicht hebt — in ihren Prinzipien zerstören. (Beifall links.) Ich muß aber hierbei auch der Wirkung der nationalkonservativen konservativen Parteien Deutschlands einen schweren Vorwurf machen. In keinem Lande der Welt birgt nämlich der Sozialismus größere Gefahren in sich, als gerade in Deutschland, wo gerade die konservativen Parteien mit dem Feind des Sozialismus am meisten spielen. Schon der Abg. Kaser hat die Leistungen der Presseorgane dieser Partei hingewiesen. Allerdings geben von diesen Organen täglich Angriffe gegen die untersten Grundlagen unserer Gesellschaft aus, welche das politische Leben aufs Tiefste schädigen und über die Partei selbst erheben müßte. (Zustimmung links.) Ich habe lange Jahre in Frankreich gelebt, ohne daß mir je dort eine solche Parteitaktik vorgekommen wäre. Der einzige, der damals gegen die gegnerischen Parteien Pamphlete schrieb, war ein gewisser Jaquot, genannt M. recourt, aber was er schrieb, war ein Negativbild gegenüber den Artikeln der „Kreuzzeitung“, der „Germania“, der „Eisenbahnzeitung“ oder der „Landeszeitung“. (Zustimmung links.) Der einzelretene Zustand ist geradezu gemeingefährlich für den politischen Beruf. So sehr Einem auch im politischen Leben das Fell gerbt wird, man erwidert schließlich gegenüber den schändlichsten und gemeinsten Angriffen dieser Preßtrappe. Was soll ich mit einem Kaser machen, der mir vorwirft, ich sei für die Goldwährung eingetreten, um sie für Versenoperationen auszunutzen? Soll ich ihm meine geschäftlichen Vorlegen, um die Verleumdung zu widerlegen? Soll ich Kanäle gegenüber ihm man natürlich wehrlos. Man wirft mir Kanakanten vor, daß sie nicht auf der Höhe unserer politischen Situation stehen, kann man es ihnen aber verzeihen, daß sie der ehrwürdigen Kritik gegenüber, denen ihre Thätigkeit ausgesetzt sein würde, lieber auf die Theilnahme am politischen Leben verzichten? Die konservativen Parteien sind wenigstens negativ an solchen Zuständen mitschuldig, weil sie sich in dieser Weise vertheidigen lassen. (Zustimmung links.) Nicht wahr, es ist recht klug, um die Ackerbauern zu schützen, die Habgier und den Haß der heillosen Klassen auf das meiste Kapital zu lenken! (Sehr gut! links.) In keinem Lande der Welt, noch in England und Frankreich ist ein solches Vergehen seitens der konservativen Parteien versucht worden.

Der Präsident konstatiert, daß er bisher angenommen, der Redner habe nicht von den konservativen Parteien innerhalb dieses Hauses gesprochen, sonst hätte er gegen einzelne Äußerungen derselben einschreiten müssen.

Abg. v. Hammer (fortfahrend): Ich bewege mich ganz auf dem Gebiete der Frage, denn ich weise den Vorwurf des Ministers zurück, daß die liberale Partei einem falschen Idealismus hulldige, wo die konservative Partei selbst in ihren Organen den öffentlichen Frieden untergräbt. Ich gehe nun über zu der Partei, bei welcher die Religion vorwiegend den Maßstab des politischen Verhaltens abgiebt. Ich glaube, sie treibt ein gefährliches Spiel, indem sie mit den Parteien der äußersten Linken kompromittirt und isolirt. (Auf im Centrum: Wo?) Hier und in Mainz zum Beispiel. Ich berufe mich auf Herrn Bebel, der selbst dort gewesen. Ich habe — und

